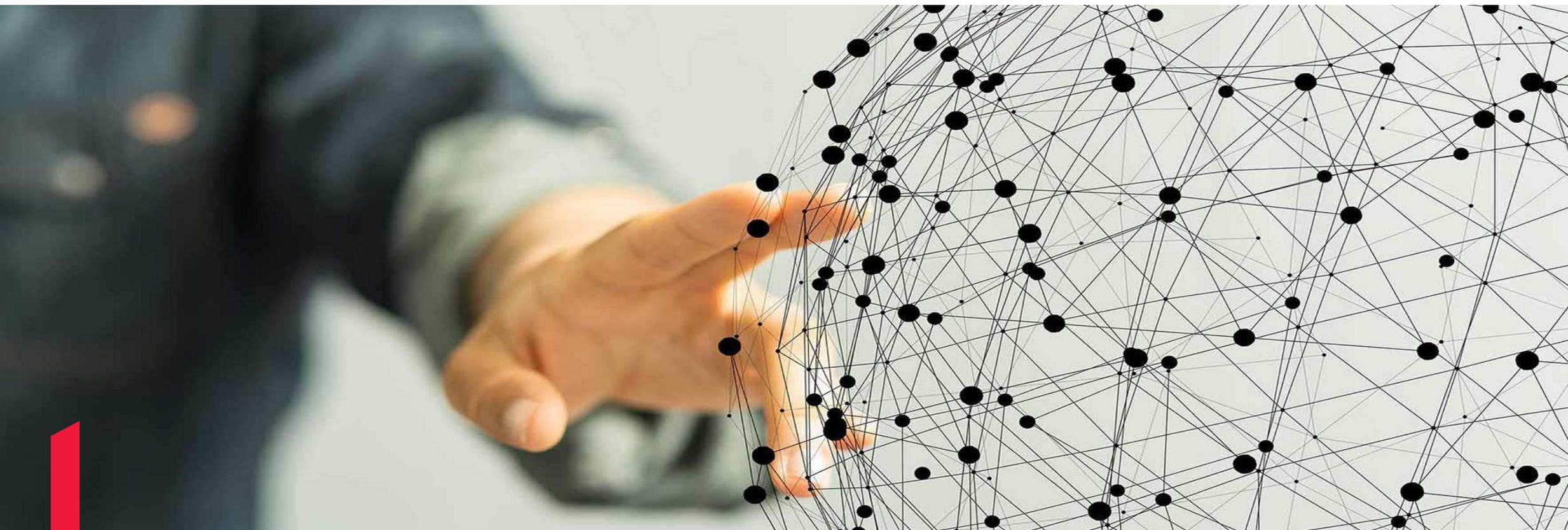


ZUKUNFT DES KLIMASCHUTZES

Zentrale Ergebnisse der Machbarkeitsstudie*



gefördert durch:



Rendsburg, 05.03.2017 - Sitzung des UBA

* Keine umfassende und teilweise vereinfachte Darstellung vorläufiger Ergebnisse für den Zweck eines Vortrages. Details sind der Machbarkeitsstudie zu entnehmen.

PROJEKTABLAUF UND ZIELSETZUNGEN

MACHBARKEITSSTUDIE ALS GRUNDLAGE FÜR WEITERE ORGANISATION DES KLIMASCHUTZMANAGEMENTS IM KREIS

	Inhalt der Machbarkeitsstudie	
A	Gegenüberstellung der Klimaschutzstrategien	
B	Aufgabenstellungen	
C	Gründungsanfrage einer eigenständigen Agentur	
D	Mögliche Rechtsformen einer Klimaschutzagentur	
E	Finanzierbarkeit	
F	Mögliche Gesellschafter / Förderverein	
G	Personalbedarf	
H	Namensgebung	
I	Abgrenzung von privaten Planungsbüros	
J	Geschäftsplan / Verträge / Satzungen (Optional)	
	Steuerungsgruppe	
	Beirat	
	Gemeinden/Ämter/Städte	

Die Wahl der Rechtsform beeinflusst den möglichen Gesellschafterkreis und die Finanzierung.

Ziel ist die Festlegung der Aufgaben und grundlegenden Organisation.

Mehrere nachgelagerte Fragestellungen können nach Definition der grundlegenden Themen beantwortet werden

Begleitend erfolgt die externe Kommunikation und Beteiligung sowie die interne Projektkommunikation

VERGLEICH VERSCHIEDENER ORGANISATIONSFORMEN

„GEMEINSAME“ KLIMASCHUTZAGENTUR MIT VIELEN VORTEILEN

1. Verbleib in kommunaler Selbstverwaltung

- Dies stellt grundsätzlich den Status quo da.
- Der Kreis Rendsburg Eckernförde kommt Aufgaben im Bereich Klimaschutz im Rahmen der Selbstverwaltung nach.

2. Outsourcing in ein bestehendes Tochterunternehmen

- Der Kreis überträgt die Klimaschutzaktivitäten in ein bestehendes Tochterunternehmen aus.
- Der Kreis ist alleiniger Eigentümer dieses Tochterunternehmens.

3. Etablierung einer „eigenen“ Klimaschutzagentur

- Gründung eines neuen Tochterunternehmens des Kreise.
- 100%-iger Eigentümer ist der Kreis

4. Etablierung einer „gemeinsamen“ Klimaschutzagentur

- Gründung eines neuen Tochterunternehmens.
- Mindestens zwei Eigentümer (Kreis, kreisangehörige Kommunen)

1. Zentrales vs. Dezentrales Klimaschutzmanagement

Synergien einer größeren Organisation

Dezentrale Organisation in den Kommunen

2. Ermöglichung eines Klimaschutzmanagements in vielen Gemeinden (Schnittstellenproblematik: Art 28 I, II GG)

Kritische Größe als Grundlage einer eigenen Stelle für das Klimaschutzmanagement wird je Gemeinde oft nicht erreicht. Kreis ist in Dienstleistungen eingeschränkt.

Gemeinsame Organisation würde klare Grundlage für kreisweites Klimaschutzmanagement mit diversen Aktivitäten bilden.

3. Finanzierung / Kosten

Nutzung von „Drittmitteln“ aus Dienstleistungen

Wirtschaft - Energieeffizienznetzwerk
Kommunen - Gebäudeenergiecontrolling

Nutzung von Effizienzvorteilen (Projektentwicklung, Führung bzw. Steuerung)

BEDARFE DER POTENTIELLEN GESELLSCHAFTER

KLIMASCHUTZAGENTUR RICHTET SICH AUCH IM ZEITABLAUF AN BEDÜRFNISSE DER GESELLSCHAFTER

Abdeckung von Themen im Bereich Klimaschutzmanagement, die vornehmlich auf Kreisebene gelöst werden können

- Öffentlichkeitsarbeit,
- regionale Anlaufstelle für Koordinationsaufgaben,
- Förderanträge (im Verbund) und
- die Etablierung eines regionalen Unternehmensnetzwerkes mit Bezug zum Klimaschutz.

Leistungsfähiger Dienstleister mit spezialisierten Mitarbeitern für die kreisangehörigen Kommunen, da

- kleinen Kommunen die kritische Größe zur Schaffung einer Stelle oftmals fehlt,
- ein größeres gebündeltes Team in der Regel deutliche Vorteile bei der Leistungserbringung durch eine mögliche Spezialisierung der einzelnen Teammitglieder hat.

STÄRKEN-/SCHWÄCHEN-ANALYSE

VORTEILE DER GEMEINSAMEN ORGANISATION ÜBERWIEGEN

Stärken

- Klimaschutzaktivitäten auch in kleinen Kommunen
- Realisierung von Skaleneffekten (insb. Ermöglichung von Spezialisierungen innerhalb des Teams, Multiplikation von Projekten)
- Weiterer Aufgabenfelder
- Klares Mandat ermöglicht übergreifende Projekte

Schwächen

- Abhängigkeit der Finanzierung von vielen Stakeholdern
- Notwendige Aktivitäten Vor-Ort sind teilweise nicht durch Agentur zu leisten.

Chancen

- Höhere Sichtbarkeit und stärkere Identifikation der Öffentlichkeit durch etablierte Marke
- Positive Aktivitäten auf Kreisebene können als Beispiel für künftige Aktivitäten und somit auch der Gewinnung von Gesellschaftern dienen
- Für viele Kommunen gibt es keine sinnvolle Alternative zur Zusammenarbeit
- Erhöhung der Attraktivität als Arbeitgeber durch Teamgröße
- Höhere Chance der Beteiligung privater Akteure

Risiken

- Hoher Koordinationsaufwand zwischen den Gesellschaftern durch verfehlte Ausgestaltung
- Mögliche Vorbehalte gegenüber einer Übertragung der Klimaschutzaufgaben auf eine gemeinsame Organisation
- Geringe Beteiligung der Kommunen könnte Realisierung der möglichen positiven Effekte verhindern

S

O

W

T

WESENTLICHE ASPEKTE BEI DER RECHTSFORMEMPFEHLUNG

AöR, Zweckverband

PRO

- Chance auf nicht umsatzsteuerbare Beistandsleistung (§ 2b Abs. 3 UStG)
- Spendenbescheinigungen auch bei nur teilweiser gemeinnütziger Tätigkeit

CONTRA

- Nicht auf ständigen Mitgliederwechsel angelegt
 - ➔ Ein- und Austritt verbindlicher
 - ➔ Hürde für Erfolg bei Kommunen?

GmbH

CONTRA

- Umsatzsteuer bei Leistungen zugunsten Gesellschaftern
- Tätigkeit gegenüber Gesellschaftern schließt u.U. Gemeinnützigkeit aus

PRO

- Weitgehende Flexibilität für Ein- und Austritte in der Praxis üblich
 - ➔ Dadurch höhere Akzeptanz bei den Kommunen erwartet

GRÜNDUNGSaufwand IST WEITESTGEHEND RECHTSFORMUNABHÄNGIG

	TEUR
Personalbeschaffung	3
Wort-Bild-Marke	15
Homepage	20
Gründungskosten (Notar, Rechtsberatung)	20
ggf. Umzug bestehende Mitarbeiter	2
Sonstiges	5
Summe Gründungsaufwand (Schätzung)	65

Unterscheidung in originären Gründungsaufwand und Aufwand für den Ausbau von Aktivitäten

- Mindesteinlage (Stammkapital von 25 TEUR bei GmbH) ist kein entscheidender Faktor, da Gesamtaufwand höher liegt
- Weiterhin sind in der Gesamtbetrachtung rechtsformabhängige Unterschiede zu vernachlässigen
- In der nebenstehenden Auflistung sind ca. 40 TEUR kein originärer Gründungsaufwand sondern bedingt durch den Ausbau der Aktivitäten
- Hinzu kommt jedoch Personalaufwand innerhalb der Kommunen für Informationen, Abstimmungen und Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Schaffung einer gemeinsamen Organisation

FINANZIERUNGSBEITRÄGE

"KSA Kreis Rendsburg-Eckernförde"	2019	2020	2021
Ein- und Auszahlungen (GuV Gliederung)	Plan	Plan	Plan
TEUR			
Umsatzerlöse	376	490	566
Anteil gesichert	92%	80%	77%
<i>Beitrag Kreis</i>	157	160	163
<i>Beitrag weitere Gesellschafter</i>	191	231	272
<i>Beteiligungsgrad Kommunen [% der Kreiseinwohner]</i>	35%	42,5%	50,0%
<i>Einwohner Kreis gesamt</i>	271.316	270.561	269.653
<i>EUR/Einwohner/a</i>	2,01	2,01	2,02
<i>Bevölkerungsrückgang (%)</i>	0,32%	0,60%	0,93%
Förderverein	10	20	25
<i>EUR/Mitglied/a</i>	1.000	1.000	1.000
<i>Mitglieder</i>	10	20	25
Fördermittel	0	30	35
Projektumsätze	19	49	70
<i>EUR/Tagewerk</i>	600	612,0	624,2
<i>Anteil an Arbeitszeit</i>	5%	8%	10%
<i>Verfügbare Tagewerke/a/FTE</i>	250	250	250
<i>Tagewerke der Klimaschutzmanager</i>	31	80	113
Bestandsveränderung	0	0	0
Gesamtleistung	376	490	566

Finanzierungsbeiträge sollten anfangs zu einem hohen Anteil gesichert sein

- **Kreis**
 - Ca. 160 TEUR pro Jahr
 - Durchschnittliche Beitrag der letzten drei Jahre
- **Kreisangehörige Kommunen**
 - 2 EUR pro Einwohner und Jahr
- **Verein zur Förderung des Klimaschutzes**
 - Mitgliedsbeiträge aus Wirtschaft und Gesellschaft
 - Beispiel Klimapakt Flensburg
- **Fördermittel**
- **Projektumsätze mit Gesellschaftern**

MÖGLICHER START IN 2019 FÜR GEMEINSAME KLIMASCHUTZAGENTUR

Fazit

- Deutliche Vorteile für gemeinsame Organisation ggü. kleinteiligen Aktivitäten (ggf. ergänzt durch Aktivitäten Vor-Ort)
- Gründung eines Fördervereins zur Aktivierung privatwirtschaftlicher Akteure und zur Einwerbung von Finanzierungen
- Gesellschafter tragen Finanzierung mit ca. 2 EUR/Einwohner und Jahr; Kreis sollte Aktivitäten finanzieren, dessen Wirkungsbereich nicht klar abgrenzbar ist
- Finanzierung wird ergänzt durch Fördermittel und Dienstleistungsentgelte, jedoch ist anfangs ein hoher Anteil gesicherter Finanzierungselemente zu empfehlen
- Start könnte in 2019 mit Ausbau der Aktivitäten in Folgejahren erfolgen
- Gemeinsame Organisation erlaubt strukturierte Einbindung in landesweite Aktivitäten als Akteur mit relevanter Wirksamkeit

Weiteres Vorgehen

1. Beachtung von Entscheidungsprozessen der angestrebten Gesellschafter (Kreis, kreisangehörige Kommunen) und Mitglieder des Fördervereins (Unternehmen der Region)
2. Berücksichtigung der individuellen Informationsbedürfnisse
3. Etablierung eines Kümmerers und einer Identifikationsfigur
4. Budgetgerechte Abbildung der Aktivitäten der Organisation im Zeitablauf